

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/70

Bonn, den 12. April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 4

Willy Brandt in Rheinland-Pfalz

157

"Das Volk muß ins Vertrauen gezogen werden!"

Eindrücke vom Landtagswahlkampf

Von Günter Markscheffel

5

Die spannendste Wahl seit 1950

52

Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 25. April

6

Das Konto in der Schweiz...

43

"...wie alle Menschen heutzutage"

\*\*\*\*\*  
\* A C H T U N G ! N E U E A N S C H R I F T ! \*  
\*\*\*\*\*

Wir ziehen um  
Ab 17. April 1967 lautet unsere neue Anschrift:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH

532 Bad Godesberg

Kölnerstraße 108-112

- Vorwärtshaus -

Telefon: 76617 / 76618

Telex: NVVD 0885603  
\*\*\*\*\*

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheldtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Willy Brandt in Rheinland-Pfalz  
-----

"Das Volk muß ins Vertrauen gezogen werden!"

Eindrücke vom Landtagswahlkampf

Von Günter Markscheffel

Diesmal ist es der Vizekanzler und Bundesaußenminister, der in Rheinland-Pfalz seinen Zuhörern sagt, wie die Bundesrepublik Deutschland wieder in Ordnung gebracht werden muß. Wenn er auf den Marktplätzen in Oppenheim und Worms, in Neustadt an der Weinstraße und in Landau spricht, wird Willy Brandt als Bundesminister begrüßt. Aber das ist nur ein zusätzlicher Titel. Die Menschen auf den Plätzen erwarten Willy Brandt, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Er spricht zu ihnen wie eh und je. Eindringlich, ohne Effekthascherei, mahnend, aber hin und wieder auch etwas sarkastisch.

Das klingt dann so: "Als ich im Dezember 1966 das Amt des Außenministers übernahm, habe ich gesagt, ich wolle so wenig wie möglich reisen. Aber jetzt, nach einigen Monaten, stelle ich fest, daß der Außenminister doch viel unterwegs ist. Gerade komme ich aus Brüssel. Dort haben die Außenminister der EWG-Staaten über die Zukunft Europas gesprochen. Und in den nächsten Tagen bin ich in London. Dort geht es auch wieder um Europa."

\* \* \*

Die Zuhörer schmunzeln. Vielleicht denkt mancher an Konrad Adenauer, der es nie unterließ, seinem Publikum zu sagen, mit wem er sich gerade in Washington, London und Paris unterhalten habe...

Aber so verlockend es sein mag - im Gegensatz zu Adenauer verzichtet Brandt bei der Schilderung seiner Aufgaben als Außenminister auf Schönfärberei und die Darstellung nicht vorhandener Gemeinsamkeiten.

Er sagt: "Diese neue Bundesregierung muß unserem Volk die Wahrheit sagen. Es war kein guter Stil, wenn man früher unserem Volk immer wieder erklärte, die Bundesregierung sei sich mit allen einig und wenn wenige Stunden später die Dementis aus den Hauptstädten des Auslandes kamen. So hat man unser Volk verwirrt. Das alles müssen wir jetzt in Ordnung bringen."

Die These Brandts, die er in früheren Wahlkämpfen oft erläutert hat, erweist sich als richtig. Ob vor der Bundestagswahl 1961 oder 1965 - immer hat Brandt gesagt, eine neue Bundesregierung müsse das Volk ins Vertrauen ziehen. Das Volk wolle nicht belogen und betrogen werden, weder bei innen- noch bei außenpolitischen Fragen.

Damals hat vielleicht mancher Gegner der SPD gedacht, wenn die Sozialdemokraten eines Tages in der Regierung seien, würde sich auch das ändern.

Brandt spricht als Vizekanzler und Außenminister genau so, wie er als Oppositionsführer gesprochen hat; mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein und mit der gleichen Aufrichtigkeit. Nichts wird beschönigt. Wer könnte widersprechen, wenn der Außenminister sagen würde, er habe in Rom, Paris, Brüssel oder London nur Zustimmung gefunden?

In kurzen Sätzen stellt Brandt dar, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Er sagt, daß die Welt von der Bundesrepublik eigene Beiträge zur Entspannung und damit zu einer Friedensordnung in Europa erwartet. Er spricht davon, daß es ein befriedetes Europa nur geben könnte, wenn der Westen einig sei, wenn die freie Welt in Erkenntnis der lebenswichtigen Erfordernisse anderer Staaten gemeinsam eine konstruktive Friedenspolitik entwickle.

\* \* \*

\*

Das verstehen die Menschen auf den Märkten und in den Versammlungssälen. Sie erwarten von der neuen Bundesregierung keine Wunder. Sie wissen, daß man ihnen in früheren Jahren oft etwas vorgegaukelt hat, daß Versprechungen gemacht wurden, die nicht eingehalten worden sind und daß jetzt die Stunde der Wahrheit da ist.

\* \* \*

\*

Es gibt ein Problem, das - außer den Sorgen um den Arbeitsplatz und die Stabilität unseres Geldes - die Menschen stark berührt. Das ist die Einheit Deutschlands und die Einheit Europas.

Man merkt es, wenn der Beifall aufrauscht, wenn ermunternde Zurufe kommen und die noch eben gespannten Gesichter sich entspannen. Das ist dann, wenn Brandt sagt, unser Volk werde die innere Sicherheit und den Frieden nur dann finden, wenn es der neuen Bundesregierung gelingt, außer der Festigung unserer Freundschaft zu den westlichen Nachbarn auch die Verständigung und, wenn möglich, die Freundschaft zu den Völkern im Osten Europas zu erreichen.

\* \* \*

\*

Es ist, als ob Brandt in solchen Situationen einen ungeheuren Berg vor sich sieht, den er durchstoßen will. Er spricht von den Verdrüßnissen der Vergangenheit, vom Leichtsinn und auch vom Hochmut; Eigenschaften, die schlechte Berater in der Politik und im Leben sind.

Auch wenn Brandt von den Völkern im Osten Europas spricht, bemäntelt er nicht die Schwierigkeiten, die gemeistert werden müssen. Wenn eines Tages ein neues Europa unter Einfluß auch Ost- und Südosteuropas entstehen soll. Er sagt offen, daß in den meisten dieser Völker auch heute noch die Furcht vor dem steckt, was ihnen früher von Deutschen angetan wurde. Er sagt aber auch gleichzeitig, es sei

der Mühe wert, und es sei die Verpflichtung der Nachkriegsgeneration, das zu überwinden, was frühere Generationen an Bergen von Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk aufgetürmt haben.

Aber alles das, die Entspannung, die Wiedervereinigung unseres Volkes und die Sicherung des Friedens in Europa, kann nicht von einem zum anderen Tag erreicht werden. "Schritt für Schritt müssen wir vorgehen", sagt Brandt. "Wir müssen die Menschen, die uns mißtrauen, davon überzeugen, daß wir niemanden beherrschen wollen, daß die Bundesrepublik niemandem "anschlüssen" will. Wir müssen ihnen auch sagen, daß wir Respekt vor ihrer Leistung haben, die sie unter schwierigsten Verhältnissen in den Jahren nach dem Kriege vollbrachten. Und wir müssen bereit sein - so fügt Brandt hinzu - Fehler der Vergangenheit offen anzusprechen. Nur wenn wir das können, wird eine neue, eine bessere Politik, auch gegenüber dem Osten, Erfolg haben."

\* \* \*

Wenn Brandt auf die Innenpolitik zu sprechen kommt, wird er oft hart und bitter.

"Kein Sozialdemokrat", so sagt er, "hat sich in die Regierung gedrängt. Wir hätten im Herbst vergangenen Jahres frolocken können. Wir hätten sagen können, daß alle unsere schlimmsten Befürchtungen, die wir jemals über die Unfähigkeit früherer Regierungen geäußert haben, eingetroffen sind. Aber wen hätte das etwas genutzt? Eine Partei wie die SPD, die so fest in unserem Volke verwurzelt ist, kann und darf nicht abseits stehen, wenn es darum geht, das Haus in Ordnung zu bringen, das frühere Hausherren verschludern ließen."

Auch an einer solchen Stelle seiner Rede erhält Willy Brandt starken Beifall. Auch jetzt zeigt sich, daß die Bürger unseres Staates die Wahrheit zu schätzen wissen. Manchem von ihnen mag es kalt den Rücken herunterlaufen, wenn er hört, mit wieviel Milliarden Defizit im Bundeshaushalt auch noch in den kommenden Jahren gerechnet werden muß.

Wenn Brandt diese Zahlen nennt, geht über die Gesichter seiner Zuhörer zunächst ungläubiges Staunen. Wenn er aber erläutert, welche Maßnahmen die neue Regierung zu ergreifen gedenkt, um die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen, wenn er sagt, daß die neue Bundesregierung entschlossen ist, mittel- und langfristige für die Wiederherstellung der Staatlichkeit zu sorgen, dann straffen sich die Gesichter wieder. Dann gibt es hier und dort einen ärgerlichen Zuruf, der auf Vergangenes abzielt, aber im ganzen Zustimmung und Beifall, durch den gerade an solchen Stellen der Reden Willy Brandts zum Ausdruck gebracht wird, daß man dankbar für das Vertrauen ist, das jetzt dem Bürger entgegengebracht wird.

\* \* \*

Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat seine Besonderheiten. Hier hat die CDU fast zwanzig Jahre mit der FDP in Schlepptau geherrscht. Vieles liegt hier im argen. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz sprechen es offen aus, daß auch in diesem Bundesland frischer Wind notwendig ist, um wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch Neues gestalten zu können.

Brandt dankt den Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz für ihre kluge Haltung in der Schulfrage. Und seine Zuhörer nehmen den Dank auf, spenden freudig Beifall, wenn der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei sagt:

"Wir wollen und brauchen keinen Kulturkampf in der Bundesrepublik. Wir sind verpflichtet, unseren Kindern die beste Erziehung zu geben, die möglich ist. Was hierbei auf konfessionellem Gebiet geregelt werden muß, kann in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und Respekts anständig geregelt werden. Das ist in Rheinland-Pfalz geschehen, und diese Tatsache berechtigt uns Sozialdemokraten zu der Feststellung, daß wir auf dem richtigen Wege sind."

\* \* \*

An einem Nachmittag zwischen 17 und 22 Uhr hat Willy Brandt in dieser Woche an vier Orten gesprochen. Der Vizekanzler, Außenminister und SPD-Vorsitzende kommt zu den Wählern mit nur wenigen Begleitern. Am Ortsrand wird er von Parteifreunden empfangen, auf den Rathäusern gibt es einen kurzen Umtrunk und wenige Minuten danach steht Brandt vor der ihn erwartenden Menge.

Viele würden ihm länger zuhören wollen. Nach der Versammlung bilden sich kleine Gruppen auf den Plätzen und in den Wirtschaften. Dort wird diskutiert. Es wird darüber geredet, was noch notwendig ist und was eigentlich noch hätte gesagt werden müssen. Aber immer ist einer dabei und meint, daß auch 50 oder 100 Kilometer weiter die Menschen auf "den Willy" warten. Und einer findet sich immer, der dann sagt: "Die Hauptsache ist, man schenkt uns reinen Wein ein." Oder: "Mensch, sind wir früher verkohlt worden. Alles war rosa. Jetzt hat uns doch endlich einer mal gesagt, worauf es ankommt."

Wenn sich Willy Brandt zwischen zwei Ansprachen kurz entspannt, will er von seinen ihn begleitenden Freunden oft wissen, ob sie glauben, daß dieses oder jenes Thema deutlich genug angesprochen wurde. Er weiß genau, was die Menschen interessiert. Aber er will es auch von jenen wissen, die in der Menge gestanden haben, die Reaktionen beobachten konnten und vielleicht noch Vorschläge machen wollen. Dann kritzelt er ein oder zwei Worte auf ein Blatt Papier, lehnt sich zurück und denkt über das Gehörte nach. Meist kommt dann in einer der nächsten Reden die Anregung oder der neue Gedanke zum Ausdruck.

In solchen Situationen spürt man, daß Brandt kein Routine-Politiker ist. Er will mit den Menschen, die vor ihm stehen, ein Zwiegespräch führen. Natürlich ist das auf einer solchen Wahlreise nicht möglich, aber das Eingehen auf ihre Reaktionen, die Bereitschaft, mit ihnen zu denken, das alles zusammen überträgt sich von dem Redner Willy Brandt auch auf seine Zuhörer.

Spät in der Nacht, als der Wagen in Richtung Bonn rollt, klingt das alles aus. Es fällt ein Wort des Dankes an die Mitarbeiter, eine Erinnerung an die nächsten Aufgaben und es bleibt das Gefühl, wieder einmal seine Pflicht getan zu haben.

+ + \*

Die spannendste Wahl seit 1950  
-----

Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 23. April

sp - Der Wahlkampf läuft jetzt in Schleswig-Holstein auf höchsten Touren. Am 23. April wird die Bevölkerung des nördlichen Bundeslandes über die Neuverteilung der 73 Sitze im Kieler Landesparlament zu entscheiden haben. Alle politischen Beobachter sind sich darüber im klaren, es ist die spannendste Wahl seit 1950. Die zentralen Fragen sind: Wird die rechtsradikale NPD die Zehn-Prozent-Grenze oder sieben bis acht Mandate erreichen und wird die FDP die Fünf-Prozent-Sperrklausel überspringen und gerade noch mit vier Sitzen einrücken? Unbestritten ist, daß sich die beiden großen Parteien CDU und SPD noch mehr annähern werden.

Aufgrund von Umfragen des IfA-Instituts kann man davon ausgehen, daß die NPD besonders der FDP Stimmen wegnehmen wird, aber auch CDU und SPD müssen mit gewissen Einbußen rechnen. Aber das alles bedeutet in der Praxis nur die Bestätigung der Tendenz, daß es am ehesten in Schleswig-Holstein zu einer großen Koalition kommen wird. Sie würde dann eine demokratische Zwangshehe sein. Sie könnte aber auch dem Lande im Norden, das unter der CDU-Führung in die größte Finanzmisere der Nachkriegszeit geraten ist, guttun.

Das sind die unbestrittenen Realitäten im Norden der Bundesrepublik. Wenig real ist demgegenüber die Einstellung einiger CDU-Bundesminister, die jetzt in den Wahlkampf im Norden eingegriffen haben. Sie befinden sich wiederum auf dem Kriegspfad gegen die Sozialdemokraten, mit denen sie in Bonn die Koalition bilden. Der Vertriebenenminister von Hassel greift da auf einen Wortschatz zurück, den er schon als Wahlkampfleiter der CDU benutzte, als Altbundeskanzler Adenauer schlankweg meinte, der Untergang Deutschlands werde durch die Sozialdemokraten herbeigeführt. Sie sorgen aber jetzt in Bonn mit dafür, daß eben dieser Untergang nicht eintritt.

Eine Ausnahme bildete Bundeskanzler Kiesinger. Es ist zu hoffen, daß er mit seinem Auftreten in Schleswig-Holstein den anderen CDU-Wahlkämpfern zum Vorbild wird. Noch ist es nicht zu spät. Ob allerdings die Herren von Hassel und der Bundeswissenschaftsminister Dr. Stoltenberg den richtigen Ton finden werden, wird sehr bezweifelt. Dieser Tage verstieg sich Herr von Hassel sogar zu der Behauptung, die CDU werde in Kiel mit dem sozialdemokratischen Landesvorsitzenden Steffen nicht zusammenarbeiten können, weil dieser zu "linkeradikal" sei.

Bundespostminister Dollinger hat sich im Wahlkampf einen eigenen Vers zurechtgelegt. Er erklärte mehrfach, er sei ein Anhänger der "Kleinen Koalition" und er frage sich, ob es gut sei, "wenn heute von 500 Abgeordneten nur 50 in der Opposition stehen". Herr Dollinger ist bekanntlich Mitglied des Bundeskabinetts; er steht also mitten in der "Großen Koalition". Wenn ihm das nicht passen sollte, wird ihn niemand daran hindern, sich aus der Bundesregierung zurückzuziehen. Fair ist es wohl kaum, in Schleswig-Holstein die Große Bonner Koalition zu diskreditieren, in Bonn aber so zu tun, als finde man alles in Ordnung. Für die deutsche Demokratie ist es zuträglicher, wenn ihre Spitzenmänner in Kiel genauso reden, wie in Bonn.

Das Konto in der Schweiz...

"...wie alle Menschen heutzutage"

GD - In Bonn findet zur Zeit ein interessanter Prozeß statt. Es geht hierbei um die Frage, ob der frühere Regierungsdirektor und langjährige Leiter der Abteilung "Technik" im Bundesverteidigungsmi- nisterium, Dr. Karl Evers, von einer Frankfurter Firma Geld und Geschenke erhalten hat, um dieser Firma bestimmte Aufträge zu- zuschanzen. Landgerichtsdirektor Dr. Quirini behandelt diesen "Fall" mit Umsicht und Kuratesse. Es könnte ja sein, daß bei dieser Gelegen- heit auch andere Affären zur Sprache kommen, die gelegentlich die deutsche Öffentlichkeit in Zusammenhang mit Waffen- oder Material- läufen für die Bundeswehr erregt haben.

Nun, das Urteil ist noch nicht gesprochen. Man rechnet damit, daß Ende April die Richter ihren Spruch fällen werden.

Aber schon jetzt, nach den ersten Vernehmungstagen, erlebt man bei diesem Prozeß einige Überraschungen. Meist sorgt der Angeklagte selbst dafür. Man erfährt ganz nebenbei, daß es angeblich bei der Luftwaffe, für die der Regierungsdirektor a.D. auch schon im Drit- ten Reich tätig war, auf ein Geschenk mehr oder weniger nicht ange- kommen sein soll. Man nimmt mit Staunen zur Kenntnis, daß der Ange- klagte noch nie etwas von einem Erlaß gehört haben will. Durch den jedem Beamten ausdrücklich untersagte wird, Geschenke von Lieferan- ten anzunehmen.

Das mag alles noch hingehen. Jeder Angeklagte verteidigt sich, so gut er kann, und bekanntlich soll man in einem Rechtsstaat dem Angklagten zunächst einmal zubilligen, er sei sich keiner Schuld be- wußt. Wes Geistes Kind Herr Evers jedoch wirklich ist, zeigt folgen- de inzwischen gerichtsnotorisch gewordene Bemerkung: Nach seinem Schweizer Konto befragt, erklärte Herr Evers:

\* "Ich habe ein solches Konto, \*

\* \*

\* wie alle Menschen heutzutage." \*

Besagtes Konto in Höhe von 48 000 DM soll von einem Amerikaner "aus Dankbarkeit" angelegt worden sein. Genau weiß man das noch nicht. Das Gericht behält sich vor, die Geschichte des Schweizer Kontos später zu klären. Hoffentlich gelingt das eines Tages.

Was jetzt jedoch schon klar ist, ergibt sich aus der Bemerkung des Herrn Regierungsdirektor a.D.. Was heißt hier "Wie alle Menschen heutzutage"? - Will Herr Evers damit sagen, daß in "seinen Kreisen" die Anlage eines Kontos in der Schweiz üblich ist? Denn sicher hat der Angeklagte nicht gemeint, jeder deutsche Bundesbürger habe ein mehr oder weniger obskures Konto in der Schweiz.

Aber vielleicht gibt diese Bemerkung des Herrn Regierungsdi- rektors a.D. Veranlassung, der Geschichte einmal etwas nachzugehen. Irgendetwas muß sich Evers doch wohl gedacht haben, als er meinte "wie alle Menschen heutzutage".

+ + +